



Pressemitteilung

Ansbach, 23. März 2018

Gewerkschaften und Kirchen erstreiten freien Sonntag in Ansbach

OLA: „Politik muss für Ausgleich der Interessen sorgen– Vorschläge liegen auf dem Tisch“

Kein Verständnis für harsche Vorwürfe von Citymarketing

„Die Gewerkschaften und Kirchen haben einen freien Sonntag für Ansbach erstritten. Das ist nicht nur im Interesse von Gläubigen sowie Arbeitnehmern im Einzelhandel, sondern im Sinne einer großen Mehrheit der Bevölkerung“, erklärt die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA) zum gestrigen Urteil des Verwaltungsgerichtshofes (VGH).

Eine Stadtratsmehrheit habe es im Juli 2017 versäumt, für einen Ausgleich berechtigter Interessen zu sorgen. Mehrere Fraktionen, darunter auch die OLA, hatten eindringlich vor der Verabschiedung einer nicht rechtskonformen Satzung gewarnt. Explizit hatte Fraktionsvorsitzender Boris-André Meyer am 25. Juli 2017 im Stadtrat die Ausdehnung der Sonntagsöffnungen auf das gesamte Stadtgebiet anstatt nur auf die Altstadt kritisiert. Eben diese Ausdehnung hat das VGH jetzt als rechtswidrig klassifiziert.

„Nun muss sich die Stadt mit Gewerkschaften, Kirchen und Citymarketing (CMAN) an einen Tisch setzen, um eine gütliche Lösung zu finden. Kompromissanträge, unter anderem der OLA, liegen seit Juli 2017 Oberbürgermeisterin Carda Seidel vor. Andere Oberzentren wie beispielsweise Nürnberg haben bereits tragfähige Lösungen für alle Beteiligten gefunden“

Nicht hilfreich sei hierbei die heutige Stellungnahme von CMAN zum Urteil. Die harschen Vorwürfe an Kirchen und Gewerkschaften, sie würden dem Image der Stadt Ansbach schaden und den Internethandel befördern, seien weder belegbar noch nachvollziehbar und wirkten daher eher deplatziert.

„Verkaufsoffene Sonntage drängen den Internethandel nicht zurück; vor allem dann nicht, wenn etwa ein Elektrogroßhandel in der Rothenburger Straße, der selbst einen Großteil seines Umsatzes im Internet macht, zu Schausonntagen einlädt. Alle Akteure sollten jetzt gemeinsam dafür arbeiten, die Altstadt attraktiver machen – und zwar in erster Linie zu den üblichen Öffnungszeiten der Geschäfte“, so die OLA abschließend.

gez. Boris-André Meyer

Fraktionsvorsitzender